

# Ein Platz für jedes Kind

## Gottenheimer Kindergarten

GOTTENHEIM (ms). Nach dem neuen Kindergartengesetz des Landes Baden-Württemberg muss jede Gemeinde regelmäßig eine Bedarfsplanung für ihre Kinderbetreuungseinrichtungen vorlegen. Nur so kommt sie in den Genuss von Zuschüssen. Bürgermeisterstellvertreter Walter Rambach stellte die neue Gottenheimer Planung dem Gemeinderat vor. „Die Finanzverantwortung für unseren Katholischen Kindergarten trägt seit neuestem die Gemeinde“, informierte Rambach die Gemeinderäte. Nur noch bei exakter Bedarfsplanung gebe es Zuschüsse.

Die Gottenheimer Einrichtung sei für maximal 120 Kinder in fünf Gruppen konzipiert. Derzeit werden hier 75 Kinder betreut, für das kommende Schuljahr sind 73 angemeldet, 78 Plätze stehen zur Verfügung. Für das Jahr 2005/06 wird ein weiterer leichter Rückgang der Kinderzahlen erwartet. Somit steht jedem Kind ein Kindergartenplatz zur Verfügung.

Neu sind die flexibleren Öffnungszeiten, die sich mehr an den Wünschen der Eltern orientieren. Hierfür gab es sogar eine Fragebogenaktion. Neu ist zudem auch, dass in begrenzter Zahl Kinder unter drei Jahren aufgenommen werden können.

Der Bedarfsplanung für den Kindergarten stimmten alle Gemeinderäte zu. Die Idee von Bürgermeisterstellvertreter Rambach, ein Kuratorium für den Kindergarten zu gründen, wurde von allen einhellig begrüßt, jedoch auf eine Sitzung des neu gewählten Gemeinderates vertagt.

# Wieder wurde vertagt

## Das vorgesehene neue Gottenheimer Baugebiet Steinacker/Berg kommt einfach nicht voran

VON UNSEREM MITARBEITER  
MARIO SCHÖNEBERG

GOTTENHEIM. Wieder einmal stand das geplante Baugebiet Steinacker/Berg im Gottenheimer Gemeinderat zur Diskussion und wieder einmal gab es keinen Fortschritt. Bereits in der Sitzung davor hatte sich der Rat vertagt, weil ihm noch einige Informationen seitens des Planers fehlten. Nun wurde die Vergabe des Planungsauftrages wiederum vertagt – diesmal missfiel einigen Räten die Art der Gespräche mit einer Eigentümerinitiative.

Zum Tagesordnungspunkt vier hatte Alfons Hertweck (CDU) die Sitzungsleitung übernommen. Er gehört zu den sechs unbefangenen Gemeinderäten, die keine Grundstücke im Areal Steinacker/Berg besitzen. Er bat Stadtplaner Ulrich Ruppel um eine erneute Auswertung der Fragebögen, in denen die Grundstückseigentümer ihre Wünsche zum neuen Baugebiet kundtun konnten. Hierbei sei herausgekommen, berichtete Ruppel, dass nur wenige Bürger ihre Grundstücke an die Gemeinde abtreten wollten. Insgesamt kämen so nur 1700 Quadratmeter Fläche für die Gemeinde

zusammen. Weitere 10 900 Quadratmeter gehören Eigentümern, die eventuell verkaufen wollen. Dem entgegen stehen noch Grundstückseigner, die sich gegen einen Flächenabzug wehren oder ihn lieber in Geld ableisten würden. Insgesamt blieben trotz weiterer 9300 Quadratmetern im Gemeindebesitz nur sehr wenige Flächen für bauwillige Gottenheimer Bürger übrig, so das Fazit des Stadtplaners.

Alfons Hertweck stellte die im Oktober beschlossenen Baulandgrundsätze der Gemeinde gegenüber. Darin sei festgeschrieben, dass in jedem neuen Baugebiet genug Flächen für andere bauwillige Gottenheimer Bürger vorhanden sein sollten, auch wenn diese dort kein Eigentum besitzen. Laut Ergebnis der Fragebogenaktion stünden hierfür aber nur rund zwei Prozent der Fläche zur Verfügung. Hertwecks Fazit: „Uns muss klar sein, wenn wir heute den Planungsauftrag vergeben, fahren wir klar gegen unsere beschlossenen Baulandgrundsätze.“

Für Walter Hess (FWG) waren viele Fragen immer noch nicht abschließend geklärt. Klar sei jedoch, dass ein Kinderspielplatz ins Gebiet gehöre. Edwin Schill fand das Vorgehen der Verwaltung

nicht fair: „Ich habe mich geärgert. Am 23. Juni gab es ein Gespräch mit den Eigentümern, davon hab ich noch kein Protokoll gesehen. Nun wurde am 5. Juli schon wieder mit ihnen gesprochen, ohne die unbefangenen Gemeinderäte zu beteiligen. Ich lehne daher heute den Beschlussvorschlag grundsätzlich ab.“, erklärte er.

„Nach dem heutigen Stand gibt es nur drei Baugrundstücke für bauwillige Bürger, dem kann ich nicht zustimmen“, betonte Birgit Wiloth-Sacherer. „Nun müssen wir überlegen ob nicht ein Einheimischen-Modell zum Tragen kommen sollte“. Zudem fehlte der Gemeinderätin die Legitimation der Eigentümervertreter.

Lioba Himmelsbach (Frauenliste) sprach sich zumindest für eine Entwurfsplanung aus. „Wenn wir heute wieder vertagen, wann geschieht dann was? Es kann so bis zum Jahresende dauern“. Alfons Hertweck widersprach, eine Planung sei nur mit klaren Vorgaben möglich. Doch die fehlten.

Unter deutlichem Unmut der Zuhörer wurde der Tagesordnungspunkt bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung vertagt. Er solle erst wieder behandelt werden, wenn der neue Bürgermeister und der neue Gemeinderat im Amt sind.